

# Platz abbeck

Nr. 2, März 2005

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

## Kälter als Hartz IV erlaubt – Rechtswidrige Heizkostenobergrenze

In einer internen Richtlinie der Verwaltung hat die Stadt Köln Hartz IV an sozialer Kälte noch überboten. Darin ist eine Heizkostenobergrenze für Heizkosten von 1,30 Euro pro qm vom ersten Tag des ALG II-Bezuges festgeschrieben. Doch selbst im Hartz-Gesetz (§ 22, Abs. 1, Satz 2) steht, dass die Kosten sechs Monate in voller Höhe übernommen werden müssen.

Diese gesetzwidrige Regelung auf Kosten der ALG II-Bezieherinnen kam ans Licht, als die Verwaltung Anfang März endlich eine Anfrage der PDS aus dem Juni letzten Jahres beantwortete und die seit Dezember geltende Richtlinie dem Rat vorlegte.

Wir erinnern uns noch gut an vielfache öffentliche Ankündigungen und Versprechungen z.B. von Sozialdezernentin Bredehorst, in Köln werde bei der Prüfung der Angemessenheit der Wohnung großzügig geprüft, um Zwangsumzüge möglichst zu vermeiden. Die Einführung einer Heizkostenobergrenze spricht jedoch eine andere Sprache: Besondere Umstände wie Alter der Heizung und der Wohnung, Wärmeisolierung oder lange Kälteperioden werden vor einer Kürzung gar nicht erst geprüft. Praktisch bedeutet diese Obergrenze zunächst, dass Betroffene, deren Heizkostenpauschale höher liegt als 1,30 Euro, nur 1,30 Euro von der ARGE bekommen und den Rest aus den eigentlich zum Leben schon zu knappen 340 Euro Unterhaltsleistung bestreiten müssen – die Stadt erzwingt ein Leben unterhalb des ohnehin zu niedrig angesetzten Existenzminimums.

Richtig dramatisch werden die Probleme aber erst, wenn den Betroffenen die ebenfalls zu den Unterkunftskosten zählenden jährlichen Heiz- und Nebenkostenabrechnungen zugehen, und sie möglicherweise auf fetten Nachzahlungen sitzen bleiben, die die ARGE nach dem derzeitigen Stand nur bis zur Obergrenze von 1,30 Euro übernehmen würde. Erfahrene Sozi-

Seite 2 ❖

## Sparhammer droht nach der Landtagswahl im Mai

Die Haushaltsberatungen sind jetzt in den Sommer verschoben. Vermutlich wird der Haushalt auf der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause, am 5. Juli, verabschiedet. Das bedeutet, dass Mitte bis Ende Juni die endgültigen Entscheidungen getroffen werden.

Nachdem die CDU anfänglich den Haushalt doch Anfang April verabschieden wollte, zeigten sich CDU/SPD/FDP/Grüne im Finanzausschuss am 10. März sehr besorgt. Man wolle jetzt die Hartz IV-Zahlen abwarten, und die Verwaltung müsse ihre Kürzungen nochmal detailliert prüfen.

Als das PDS-Ratsmitglied auf die bevorstehenden Landtagswahlen am 22. Mai hinwies und bemängelte, dass die Verschiebung den Kölnern kaum erklärt werden könne, war ein schweigendes Grinsen die Antwort.

Dabei legte die Verwaltung noch Anfang März den dritten Veränderungsnachweis vor, der weitere Einsparungen von 4,2 Millionen Euro vorsieht bzw. vorsah. Ob diese Kürzungsvorschläge noch Bestand haben, ist völlig offen.

Im Veränderungsnachweis 3 ist aber schon erkennbar, welche Diskussion sich in den nächsten Monaten entwickeln wird. Es geht darum, bestimmte soziale Einrichtungen ganz zu streichen. So ist z.B. im Veränderungsnachweis 3 der Zuschuss für das interkulturelle Flüchtlingszentrum von 70.000 auf 0 gesetzt.

Die SPD hatte das Rasenmäher-Kürzungsprinzip immer kritisiert und vom Erhalt der sozialen Strukturen im Veedel gesprochen. Eine solche Argumentation kann man auch verschieden auslegen, und z.B. die Struktur bzw. den Einzugsbereich einer sozialen Einrichtung einfach vergrößern. Auf eine solche Debatte sollten sich zumindest die sozialen und freien Träger und Einrichtungen einstellen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat der Kämmerer Steuererhöhungen angekündigt. Die PDS-Ratsgruppe hat nachgefragt. Die Verwaltung hat auf die Anfrage jetzt umfangreich (5 Seiten Tabellen auf A3) geantwortet.

Dazu erklärte die PDS Offene Liste in einer Presseerklärung:

„In dem Dickicht von 200 Gebühren haben wir nur sechs unbedeutende Gebühren gefunden, die man der Inflationsrate anpassen könnte. In der Regel sind die Gebühren in den letzten fünf Jahren einmal erhöht worden. Es gibt dagegen bei den Steuern einen richtigen Ausreißer: Die Gewerbesteuer ist seit 1988 nicht mehr erhöht worden. Angesichts dieser beeindruckenden und guten Übersicht der Verwaltung kann man die Unterlassung einer Anpassung der Gewerbesteuer nur als stille Subvention der Kölner Wirtschaft interpretieren. Der Kämmerer sollte seine Ankündigung einer Erhöhung der Gewerbesteuer umsetzen.“

Unsere These in der Anfrage an die Verwaltung, allein aus fiskalpolitisch taktischen Gründen einseitig die sozial benachteiligten und finanziell geschwächten Kölner zu besteuern, nur um beim Scheitern des Haushaltssicherungskonzeptes ursächlich auf einen fehlenden Solidarbeitrag der Armen verweisen zu können, hat sich verfestigt.“

Jörg Detjen

**Zahlreiche Gäste kamen zum Neujahrsempfang der PDS Offenen Liste. Bei einem leckeren türkischen Buffet wurde lebhaft diskutiert.**



# Der Stadtbezirk V hat viele Gesichter

Der Stadtbezirk V Nippes besteht aus den Stadtteilen Nippes, Bilderstöckchen, Mauenheim, Longerich, Riehl, Niehl und Weidenpesch. Die verschiedenen Stadtteile lassen jeweils einen eigenen Charakter erkennen. Nicht überall im Stadtbezirk herrscht ein urbaner Charakter wie auf dem Wilhelmplatz und auf der Neusser Straße zwischen Kempener Straße und Schillstraße. An anderen Stellen des Stadtbezirks herrscht eher ein dörfliche Charakter vor, so zum Beispiel in Altniehl. An anderen Stellen ist der Stadtteil Niehl industriell geprägt: Der Niehler Hafen, die Fordwerke, Petrochemie, Bauerdruck, die überdimen-

## ❖❖❖ Kälter als Hartz IV

alberater befürchten dann drastische Bedarfslücken und eine hoffnungslose Verschuldung der betroffenen Haushalte.

Die PDS/OL hat die Verwaltung zur nächsten Ratssitzung am 17.4. zu einer Stellungnahme und zur Korrektur der rechtswidrigen Regelung aufgefordert. Den Betroffenen haben wir öffentlich empfohlen, Widerspruch einzulegen, wenn die Heizkosten nur bis zu der Obergrenze von 1,30 Euro übernommen wurden; taz und Express berichteten darüber.

Im Februar hatte die PDS/OL in einem Ratsantrag die Verwaltung u.a. aufgefordert, dafür zu sorgen, dass ALG II-Berechtigte, die aufgrund technischer Probleme ihr Geld nicht überwiesen bekommen haben, schnell und unbürokratisch Abschlagszahlungen von der ARGE bekommen sollen. Weiterhin sollten Zuständigkeiten eindeutig festgelegt werden, um unnötige Laufereien in den JobCentern zu vermeiden. Im Rat haben uns die Verwaltung, die große Koalition, aber auch die Grünen herablassend erklärt, wir sollten nicht so viel Wind um ein paar Anlaufschwierigkeiten machen, die man längst im Griff habe. Und unseren Antrag abgelehnt.

Doch die Wirklichkeit auf den Fluren der ARGE sieht – wohl besonders beim JobCenter in Mülheim, von wo wir die meisten Beschwerden bekamen – anders aus: Endlose Warteschlangen, Irrwege von einem Sachbearbeiter zum nächsten, und auch Anfang März verzweifelte Menschen, die kein Geld bekommen haben und mit dem Beweis geforderten Bankbelegen nicht klar kommen, da diese Geld kosten.

Auch wenn die Wirklichkeit so aussieht – wenn wir im Rat unseren immer noch aktuellen Antrag noch einmal stellen würden, gäbe es die realen Probleme für die Verwaltung und die andere Parteien wieder nicht. Es ist wie bei Brecht – die im Dunkeln sieht man nicht. Es sei denn, sie bringen ihre Probleme selbst ans Licht.

*Wolfgang Lindweiler*

sionierte Müllverbrennungsanlage, die Industriestraße und das Niehler Ei prägen den Stadtteil.

Niehl ist wie kaum ein anderer Stadtteil Kölns von großen Straßen und Autobahnzubringern durchzogen. Seit vielen Jahren machen Bürgerinitiativen auf die schlechte Lebensqualität in Niehl aufmerksam. LKW's donnern Tag für Tag durch den Ort, um die Müllverbrennungsanlage, die Fabriken oder den Hafen zu erreichen. Über dem Himmel des nördlichen Niehl kreisen die Flugzeuge vor ihrer Landung in Porz.

Bilderstöckchen ist die Plattenbausiedlung zwischen Nippes und Neuehrenfeld. Der überwiegende Teil der Wohnhäuser hier ist in den 60er und 70er Jahren entstanden. Neben den großen Wohnblocks, die den Stadtteil prägen, gibt es auch Siedlungen mit Einfamilienhäusern. Viele junge Menschen, oft mit Migrationshintergrund, leben im Bilderstöckchen. Hier sind die sozialen Probleme des Stadtteils mit am größten. Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, dementsprechend geringe Einkommen führen dazu, dass überdurchschnittlich viele Menschen von der Sozialhilfe abhängig sind. Im Stadtteil sind Gemeinwesenarbeiter des Sozialdienst Katholischer Frauen/Männer (SKF/M) und städtische Jugendzentren aktiv. Die Nahversorgungssituation im Bilderstöckchen hinkt den anderen Stadtteilen im Bezirk V hinterher. Mit zwei großen Bordellen ist das Angebot an käuflichem Sex dagegen eher überdimensioniert.

Außer dem Straßenstrich wird dem Besucher in Longerich wenig Aufregendes geboten. Reihenhäuser, meist in den sechziger und siebziger Jahren gebaut, prägen das Erscheinungsbild von Longerich. Wahlergebnisse von 50 und mehr Prozent für die CDU lassen Spekulationen über die Bevölkerungsstruktur zu. Vor circa zwei Jahren wurde die Straßenprostitution nach Longerich verlegt, seinerzeit regte sich die Bevölkerung auf, heute ist festzustellen, dass der Straßenstrich an dieser Stelle gut funktioniert. Die Beratung und Betreuung der dort tätigen Sexarbeiterinnen hat europaweit Modellcharakter. Kürzlich stellte der SKF eine „Erfolgsstudie“ über den Straßenstrich vor. Den dort tätigen Frauen wird ein Maximum an Sicherheit geboten. Auch die Gesundheitsfürsorge ist sehr gut. In Bälde wird vom Sozialdienst Katholischer Frauen ein Programm für Frauen gestartet, die aus der Prostitution aussteigen wollen.

Weidenpesch schließt sich im Norden an Nippes an, der Stadtteil ist geprägt von der Pferderennbahn. Ein wunderschönes Gelände inmitten hochverdichteter Wohnbebauung. Die Diskussion um die Rennbahnbebauung dürfte dem aufmerksamen Leser dieser Zeitung kaum entgangen sein. Die Rennbahn ist aufgrund der maroden Finanzen des Pferderennvereins in Gefahr.

Ein Verlust des Arseals würde dem Stadtteil sein Gesicht nehmen.

Das größte Alten- und Pflegeheim Kölns liegt in Riehl, unweit von Zoo und Flora. Riehl wirkt sehr beschaulich auf den Betrachter, es gibt einen eigenen kleinen Stadtkern. Erwähnenswert ist eine hochspezialisierte Jugendhilfeeinrichtung, die in der Pionierstraße in Riehl ihren Sitz hat. Hier werden junge Menschen pädagogisch und psychiatrisch betreut, die in anderen Einrichtungen keine Chance mehr erhalten. Die Einrichtung ist zumindest in der Fachwelt landesweit bekannt.

In Mauenheim startete die Siedlungsgeschichte des Stadtbezirks. Schon während des mittelalterlichen Kölns befand sich hier der Altenbergerhof, gelegen an einem kleinen Teich. Seinerzeit gehörte der Altenbergerhof zu der gleichnamigen Bastei im Bergischen Land.

Nippes entstand erst viele hundert Jahre später. Einen Boom erfuhr Nippes durch den Bau des Reichsbahnausbesserungswerkes im 19. Jahrhundert. Der Westen von Nippes ist noch heute von diesem Gelände geprägt. In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Bahn immer weiter von dem riesigen Areal verabschiedet. Künstler und Kulturschaffende, aber auch Handwerksbetriebe nutzen das Gelände in jüngster Vergangenheit. Leider ist damit Schluss, ein stadtbekanntes Investor wird mit dem Gelände viel Geld verdienen wollen. Das Resultat ist absehbar: Hochverdichteter Siedlungsbau ohne architektonische Ansprüche. Noch ist unklar, was mit dem Gelände von Gummi Clouth geschehen wird. Hier sind in den letzten zwei Jahrzehnten über 4000 Arbeitsplätze weggefallen. Was bleibt, sind Fabrikhallen, die teilweise unter Denkmalschutz stehen. Es ist zu hoffen, dass der Kampf der Zwischennutzer hier positiver verläuft als auf dem EAW Gelände. Hier schaffen zur Zeit mehr als 100 Künstler, unter anderen auch der bekannte „Bananensprayer“. Der Wegfall von vielen Tausend Industriearbeitsplätzen in Nippes hat auch Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur bewirkt. Nippes war traditionell ein Arbeiterstadtteil, inzwischen ist es chic und teuer geworden, die Mieten ähnlich hoch wie in der Innenstadt. Dadurch wird sich die Bevölkerungsstruktur weiter verändern. Familien mit geringerem Einkommen werden immer mehr wohlhabenden Singlehaushalten weichen müssen.

*Michael Weisenstein*



### ■ Mülheim

## WC für den Mülheimer Bahnhof

Der Mülheimer Bahnhof ist einer der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte in der rechtsrheinischen Hälfte der Stadt. Mehr als 25.000 Menschen nutzen täglich diesen Knotenpunkt, um entweder die vorgesehenen Verkehrsverbindungen (Regionalbahn, S-Bahn, U-Bahn, Bus) oder ihren Arbeits- und Bildungsstandort zu erreichen. Eines der wesentlichen Probleme des Mülheimer Bahnhofs besteht darin, dass weit und breit keine öffentliche Toilette existiert. Da es dort keine öffentliche Toilette gibt, schlagen sich manche Fahrgäste und Passanten einfach in die Büsche seitlich des Bahnhofs ein.

Das Problem eines fehlenden behindertengerechten WCs an der frequentierten Station am Mülheimer Bahnhof war für die PDS/Offene Liste Anlass, aktiv zu werden und diese Situation mit einem Antrag in die Bezirksvertretung zu tragen. Die Bewohner sowie die Ladenbesitzer im Umfeld des Bahnhofs sind auch empört über diese Situation.

Schließlich diskutierte die Bezirksvertretung Mülheim in ihrer letzten Sitzung über diesen Antrag und stimmte einstimmig zu, mit einem Schreiben die Verwaltung der Deutsche Bahn aufzufordern, für die Einrichtung einer öffentlichen Toilette zu sorgen. Gejammert wird immer wieder über die entstehenden Folgekosten, doch die Anliegen der Allgemeinheit werden hierbei schnell vergessen.

*Kemal Bozay*

### ■ Nippes

## Solidaritätsadresse verabschiedet

In der jüngsten Sitzung der Bezirksvertretung Nippes wurde auf Antrag der PDS Offenen Liste einstimmig eine Solidaritätsadresse an die Belegschaft und den Betriebsrat von Bauer Druck verabschiedet. Die SPD im Bezirksparlament ergänzte den Antrag dahingehend, dass die Bezirksverwaltung ihren Einfluss geltend machen soll, um die Arbeitsplätze zu erhalten.

Die sozialdemokratische Anregung wurde vom Antragsteller übernommen. Bei dem im Stadtbezirk ansässigen Unternehmen arbeiten zur Zeit noch 1000 Menschen.

Die Konzernspitze beabsichtigt, 500 Arbeitsplätze in Köln abzubauen.

*Michael Weisenstein*

### ■ Ehrenfeld

## Kein Bedarf für Frauenparlament ?

Das „Frauenparlament zum Weltfrauentag“ fand in diesem Jahr zum siebenten Male statt, diesmal im Ehrenfelder Bezirksrathaus. Eingeladen waren laut Handzettel des „Frauenparlaments“: Hausfrauen, Alleinerziehende, Flüchtlinge, Türkinnen, Mütter, Italienerinnen, Schülerinnen, junge Frauen, Griechinnen, Seniorinnen, Geschäftsfrauen, Iranerinnen, Künstlerinnen, Aussiedlerinnen, Erwerbslose. Azubis ... und alle anderen. Die Themen Arbeit, Armut und Soziales, Lebensraum und Bildung sollten in vier Arbeitskreisen diskutiert und daraus Forderungen entwickelt werden, die im Anschluss den teilnehmenden Politikerinnen aus Bezirksvertretung, Rat, Landtag, Bundestag und Europaparlament übergeben werden sollten. Die sollen bis September nach Möglichkeiten der Umsetzung suchen und in einer weiteren Veranstaltung im September dem Frauenparlament Bericht erstatten.

Eine schöne Idee, doch mit der Durchführung haperte es gewaltig, sei es aus Mangel an Werbung für das Projekt – ich habe den Termin eigentlich mehr zufällig erfahren – oder warum auch immer. Gekommen sind statt der oben aufgeführten „Zielgruppen“ lediglich die „Offiziellen“, Veranstalterinnen und Politikerinnen und eine Handvoll interessierter Frauen. Unverständlich, dass dann auch noch die Politikerinnen von den Diskussionsrunden ausgeschlossen wurden. Sie hätten sicherlich aus ihren Erfahrungen heraus berichten und zur Formulierung konkreter Forderungen beitragen können. Die Themenkreise boten schließlich genug Diskussionsstoff. Allein die Aufzählung der Defizite in allen Bereichen unter frauenspezifischen Aspekten böte Stoff für mehr als ein Wochenendseminar.

Noch unverständlicher finde ich es übrigens, dass heute – fast zwei Wochen nach der Veranstaltung – die von den Frauen mit großem Engagement erarbeiteten Forderungen noch immer nicht auf der Internetseite des „Frauenparlaments“ zu finden sind. Dort prangt immer noch die Aufforderung, sich die Einladung und einen „Aushang“ zur Veranstaltung am 1. März herunterzuladen. Nein, Frau Alami, so kann frau wirklich keine Lust auf Politik machen, schon gar nicht auf Frauenpolitik. Dann gehe ich schon lieber zum „Nippeser Frauenbrunch“ oder gucke gleich „Mona Lisa“.

*Helga Humbach*

## „Hochtief“ macht PPP

Vor einigen Monaten verkündete die Verwaltung mit großem Tamtam eine Lösung des Problems der sanierungsbedürftigen Kölner Schulen: Ein privater Investor sollte Renovierung und Erhalt der Schulen gegen einen langfristig laufenden Festbetrag übernehmen. Nachdem der ursprünglich vorgesehene Investor abgesprungen ist, soll jetzt die Firma „Hochtief“ das Projekt übernehmen. „Public Private Partnership (öffentlich-private Partnerschaft)“ heißt das Zauberwort und kommt aus England. Ratsmitglied Özlem Demirel begründete in ihrer Rede, warum die PDS Offene Liste der Verwaltungszulage nicht zustimmt. Es gehe nicht gegen eine bestimmte Firma, sondern darum, dass sich die Stadt in bedenkliche Abhängigkeit bringt, wenn sie öffentliche Infrastruktur durch Privatkapital finanzieren lässt.

Darüber hinaus stehe die Wirtschaftlichkeit des Projektes in Frage. Auch im Rechnungsprüfungsausschuss wurde diese Frage gestellt. Das RPA erklärte dazu, dass es sich wegen des Umfangs des Projektes weder personell noch in der Kürze der Zeit in der Lage sehe, eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchzuführen. Es werde jedoch den Prozess begleiten und analysieren. Bis dahin „sollten keine weiteren Maßnahmen beschlossen werden“.

Demirel wies darauf hin, dass die Idee der PPP aus England komme. Sie habe sich deshalb sachkundig gemacht, welche Erfahrungen dort gemacht wurden. „Laut einem Aufsatz in der Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat die britische Gewerkschaft UNISON im September 2003 ausgewertet. Das Ergebnis: Über PFI finanzierte Schulen sind teurer als öffentlich finanzierte. Eine Studie aus Schottland kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Als Gründe werden u.a. höhere Zinsen für Privatunternehmen genannt und vor allen Dingen eine zunehmende „schulpolitische Entmachtung der Bürger durch die lange Laufzeit der PPP-Kontrakte“. Demirel wies ferner darauf hin, dass auch in Deutschland negative Erfahrungen gemacht wurden.

Demirel gab weiterhin zu bedenken, dass in der langen Laufzeit des Projektes – bis 2029 – unkalkulierbare Risiken lägen. Es sei nicht abzusehen, wie sich die Schülerzahlen und damit der Bedarf an Schulraum entwickeln würden. Außerdem sei die Baubranche nicht gerade stabil. Zum Schluss mahnte Demirel: „Im Endeffekt wird es meine Generation sein, die diesen Beschluss von heute in der Zukunft ausbaden muss. Die Bezirksschülervertretung Köln hat sich gegen das Projekt PPP ausgesprochen, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat sich in ihren Publikationen des öfteren gegen PPP ausgesprochen, dies sollten wir doch auch in unserer Entscheidung bedenken“.

# Erfolgreiches Modellprojekt

Schon beim Empfang erwartete die zahlreichen Gäste in der Schule Kolkrahenweg ein Beispiel der Lernerfolge des Modellprojekts „Hand-Werk-Lernen“ – eine stabile Schreibunterlage aus erstklassig verarbeitetem Holz, bestückt mit einer Metallschiene und einem Magneten, der den Namen verdient – er hielt mühelos die Mappe mit den Tagungsunterlagen. Aufgemuntert durch die Möglichkeit, Kolleginnen und Kollegen bei Kaffee und Kleingebäck begrüßen zu können, folgten alle willig den Trommelklängen der Gastgeberin in die Turnhalle. Nach der Begrüßung durch die Schulleiterin, Christiane Voigt wünschte sich Helmut Haumann, Vorstandsvorsitzender der GEW-Stiftung, die die Tagung ausrichtete, dass „Hand-Werk-Lernen“ nach dem Auslaufen des fünfjährigen Modellprojekts jetzt „fester Bestandteil des Lehrplans“ werden möge.

Regierungspräsident Jürgen Roters erhielt stürmischen Beifall für seine Zusage, dass die Weiterführung des Modellprojekts jetzt finanziell durch die Landesregierung abgesichert sei. Im Vorfeld herrschte vor allem bei den in den Schulen beschäftigten Handwerkern Verunsicherung über ihre weitere berufliche Perspektive. Ganz problemlos dürfte die genaue Ausstattung der Weiterführung von „Hand-Werk-Lernen“ dennoch nicht vonstatten gehen. Die Verantwortung für das Schulbudget – auch auf dem Personalsektor – liegt bei den einzelnen Schulen, so dass dort im Einzelfall

entschieden werden muss, ob ein Lehrer oder ein Handwerker eingestellt wird. Roters wünschte sich mehr Schulen, die den Schritt zu mehr praxisbezogenem Lernen gehen, und regte an, ähnliche Modelle auch für die Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern zu entwickeln.

Dann berichteten Experten wie Prof. Dr. Dr. Mathilde Niehaus von der Uni Köln („Übergang Schule-Beruf“), Preben Siersbaek vom Erziehungsministerium in Kopenhagen und Experte der EU („Was müssen wir tun, wenn wir Steuerzahler bekommen wollen?“) über neue Aspekte und Herangehensweisen an Bildungs- und Ausbildungsfragen, vor allem für aus gesundheitlichen oder sozialen Gründe benachteiligte Jugendliche. Niehaus erklärte, dass es Jugendlichen heute weniger darauf ankommt, „nicht so zu werden wie die Eltern“, sondern „so zu sein wie die Gleichaltrigen“. Siersbaek stützte seine These „Behinderung ist eine Frage der Umwelt“ humorvoll auf seine Erfahrung bei einem Chinabesuch: „Aus zwei Gründen fühlte ich mich gehandicapt – erstens“ – er zog ein Esstättchen aus der Tasche – „und zweitens“ – er holte ein zweites hervor.

Dann kamen auch Schüler und Schülerinnen zu Wort, die erklärten, sie fühlten sich nach den Erfahrungen in der Schule bei Betriebspraktiken wesentlich sicherer – und auch anerkannter. Denn, so meinte ein künftiger Schreiner stolz: „Die waren im Betrieb echt platt, dass ich schon die ganzen Werkzeuge kannte!“ In den sechs Kölner Schulen, die an dem Modellversuch beteiligt sind, gibt es richtige Lehrwerkstätten, in denen gelernte Handwerksmeister den Schülern erste Einblicke in ihre Berufe vermitteln. Ergänzt werden diese Kenntnisse durch Betriebspraktiken, die individuell auf die Schülerinnen und Schüler abgestimmt sind. Für jeden einzelnen wird ein spezieller Ausbildungsplan erstellt. Und auch der

Tagesablauf in der Schule wird durch die betriebsnahe Ausbildung verändert. Zunächst gab es gegenseitigen Misstrauen und Berührungängste zwischen Lehrern und Handwerkern, berichteten beide Seiten, aber das verlief sich im Laufe der Zeit.

In welchem Maße durch den Modellversuch Angst vor der Arbeitswelt abgebaut werden konnte, zeigten auch die Ergebnisse der „internen Evaluation“. Während vor Beginn des Modellprojektes noch 35 Prozent der Schülerinnen und Schüler keinen Ausbildungsplatz suchten und mehr als die Hälfte, „Angst vor der Arbeitswelt“ hatten, bekundeten 2004 fast alle Schulabgänger (91 Prozent), dass sie „Lust auf Arbeit“ hätten.

Helga Humbach

## Stadt Köln & KölnMesse müssen wegen CBL-Geschäft nachbessern

In einer Mitteilung des Stadtkämmerers wird darauf verwiesen, dass das Rating für NRW gesunken ist. Ein Rating ist eine Einstufung der Bonität von Kreditnehmern. Die gesunkene Bonität trifft das städtische Beteiligungsunternehmen KölnMesse, und zwar beim Cross-Border-Leasing-Geschäft. Der Investor, John Hanvock fordert eine größere Sicherheit. Diese ist in dem Vertragswerk festgeschrieben und nennt sich „Eintragung einer Dienstbarkeit (eine Art Messe-Betriebsrecht)“. Auf der Sitzung des Finanzausschusses fragte die PDS worum es sich dabei handele.

Stadtkämmerer Soénius teilte mit, dass es sich um eine Grundbucheintragung handele und behauptete, die Kosten müsse der Investor tragen. Das könne gar nicht sein, meinte Ratsmitglied Detjen und machte noch einmal deutlich, dass das Land NRW und in der Folge die KölnMesse für die Folgen eines gesunkenen Ratings verantwortlich sind und deshalb auch die Kosten tragen müssen. Nach der Sitzung des Finanzausschusses stellte sich dann heraus, dass es sich so verhält. jöd



**Bitte kostenlos schicken**

# Platzjabbeck

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS-Ratsgruppe, Haus Neuenburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

- Ich möchte den Platzjabbeck zugeschickt bekommen  
 Mehr Informationsmaterial zum Thema:

- Ich möchte in den nächsten Monaten an den Aktivitäten der PDS Offene Liste teilnehmen

Absender/in:

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ

Ort

An die PDS-Offene Liste  
im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3  
Postfach 103 564  
50475 Köln